

Haushaltssperre aufgehoben – auf Kosten der Unnaer Gebührenzahler

Von
Redaktion

7. März 2020



Unna-Esel am Rathausplatz / Foto Rundblick

Die 8 Monate über Unnas Stadtkasse hängende Haushaltssperre ist seit Freitag, 6. 3., Geschichte – durch eine Geldumschichtung, die FDP-Ratsherr Andreas Tracz als „ungeheuerlich“ anprangert.

Denn es handelt sich faktisch ums **Geld der Unnaer Gebührenzahler – um erwirtschaftete Überschüsse der Stadtbetriebe Unna im siebenstelliger Höhe.**

IT-Unternehmer Tracz, der zu Beginn von Bürgermeister Kolter für 20-jährige Ratstätigkeit geehrt worden war (zusammen mit Brigitte Waß und Renate Nick) und zum Ende der Ratsperiode ausscheidet, erhob seine Stimme, als der Tagesordnungspunkt „Haushalt/Haushaltssperre“ bereits kurz vor der Abstimmung stand.



Andreas Tracz, FDP Unna. (Foto c/o: Stadt Unna)

Er finde dies hier einen „**ungeheuerlichen Vorgang**“, kritisierte er.

Ob das überhaupt rechtlich zulässig sei? Diese Frage stellte Klaus Göldner (FLU) ebenso wie Tracz. Das Geld müsse **an die Gebührenzahler zurückgehen**.

Darauf entgegnete Kämmerer Achim Thomae: „Wenn Sie das hier heute nicht beschließen, **bleibt die Haushaltssperre bestehen**.“

In dem Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung, der direkt nach der emotionalen Debatte um Flüchtlingsaufnahmen aus den griechischen Camps für erneute Aufregung sorgte, heißt es dazu:

Der Rat

1. beschließt eine Anpassung des Haushaltssicherungskonzeptes dahingehend, dass die Gewinnausschüttungen der **Wirtschaftsbetriebe Unna GmbH** einschließlich bis zum Haushaltsjahr 2022 **entfallen**.

2. beschließt eine Anpassung des Haushaltssicherungskonzeptes dahingehend, dass die **Ergebnisabführungen der Stadtbetriebe Unna ab dem Haushaltsjahr 2020 um 800 T€ auf 2.000 T€ angehoben werden**.

4. bestätigt die **Aufhebung der Haushaltssperre ab dem 06.03.2020**.

Faktisch wird benötigtes Geld damit nicht mehr von der städtischen Tochter WBU, sondern von den **Stadtbetrieben „abgezapft“**.



Biomülltonne. (Symbolfoto /Archiv RB)

Die Freie Liste Unna (FLU) hatte grundsätzlich stets **kritisiert, Stadttöchter zu „melken“, um Haushaltslöcher zu stopfen**.

Sie trat denn auch ebenso wie die CDU und eben die FDP auf die Bremse, stimmte zwar dem vorgeschlagenen Ausgleich für 2020 zu, nicht aber noch für weitere Jahre. Die CDU stimmte dann sogar allein gegen Punkt 4 – die Aufhebung der Haushaltssperre. Damit wäre der Rat weiter entmachtet werden.

Wie laufend von uns berichtet, muss Unnas Kassenwart für das Jahr 2020 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. „Das Geld ist dabei nicht (oder noch nicht) greifbar vorhanden“, erläutert FLU-Fraktionschef Klaus Göldner in einer Stellungnahme diesen Tagesordnungspunkt. In der Regel handele es sich um erwartete Einnahmen oder – wie bei den Stadtbetrieben – um **erzwungene Gewinnabführungen**.



Klaus Göldner, FLU. (Foto FLU)

„Ohne diese Abführung der Stadtbetriebe, **die ja noch gar nicht einmal sicher sind**, kann der Haushalt offensichtlich nicht ausgeglichen werden“, kommentierte Göldner die hitzige Diskussion im Rat. „Deshalb drohte der Kämmerer auch damit, die Haushaltssperre aufrecht zu erhalten, wenn der Rat die Abführung nicht beschließt. Man kann daran sehen, auf **welch tönernen Füßen** der ‚ausgeglichenene Haushalt‘ steht.“

Da der Rat dieser Transaktion für 2020 zustimmte, **passt es mit dem Ausgleich – für dieses Haushaltsjahr**. „**In den Folgejahren wird dann das Kartenhaus vermutlich zusammenbrechen**“, befürchtet Göldner, „zumal ja noch eine Menge unvorhersehbarer Kosten auf die Stadt zukommen – Flüchtlinge, Eishalle, Schulen...“

Es drohten damit konkret weitere Steuererhöhungen. Denn (wie berichtet) haben alle Beigeordneten bereits mehrmals erklärt, sie könnten keine wesentlichen Summen mehr einsparen.

Der Rat bewilligte die Gewinnabführung denn auch **nicht darüber hinaus gleich bis 2023, wie es der Kämmerer vorgeschlagen hatte**. **Heißt, dass das Problem dem neuen Rat, der am 13. September gewählt wird, direkt wieder auf die Füße fallen könnte**.

„Dieses Geld steht NUR dem Bürger zu, ohne wenn und aber“, unterstreicht Andreas Tracz, genauso sieht das die FLU, für die Klaus Göldner abschließend feststellt:

„Die von den Stadtbetrieben zu übernehmenden Aufgaben (Müll, Abwasser, Straßenreinigung, Friedhof pp.) basieren auf Berechnungen, die durch Gebühren der Bürgerinnen und Bürger gedeckt werden. Somit müssten Überschüsse bei den Stadtbetrieben **grundsätzlich durch Gebührensenkung an die Bürger zurückgegeben werden.**

Einsparungen und Überschüsse bei den Stadtbetrieben können deshalb eigentlich nur durch eingespartes Personal und/oder weniger Aktivität (z.B. Grünpflege) generiert werden. Ich meine, geplant war eine Abführung der Stadtbetriebe im Jahre 2020 von 400.000 Euro. Wie diese 2020 um 800.000 erhöht werden kann (1,2 Mio.) und dann nochmal später auf 2 Mio. Euro steigen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Die Sache ist in meinen Augen nebulös.“